





Per Dittrich Claudia Jacob

Petra Bräutigam

1. Juli 2014

Ralf Stegner, Eka von Kalben, Lars Harms:

Eine Lehrerbildung für die Zukunft

Zum Lehrkräftebildungsgesetz erklären die Vorsitzenden der Fraktionen von SPD und Bündnis 90 / Die Grünen sowie der Abgeordneten des SSW, Dr. Ralf Stegner, Eka von Kalben und Lars Harms:

Mit den Beratungen im Bildungsausschuss am 03. Juli erreicht das Lehrkräftebildungsgesetz seine vorletzte Etappe, bevor es in der kommenden Woche im Landtag verabschiedet werden wird.

Der Entstehungsprozess war für viele Beteiligte schwierig, weil sehr unterschiedlichen Interessen soweit wie möglich Rechnung getragen werden musste und weil die Haushaltslage des Landes vielen durchaus berechtigten Forderungen einen Riegel vorschob.

Wir danken allen, die sich an der schriftlichen und der mündlichen Anhörung im Bildungsausschuss und darüber hinaus an der Meinungsbildung über diesen Gesetzentwurf beteiligt haben, insbesondere den Hochschulen im Land

Ralf Stegner: "Das Praxissemester, das Lehramtsstudierende künftig während ihres Studiums an einer Schule absolvieren müssen, ist als Herzstück der neuen Lehrerbildung auf sehr breite Zustimmung gestoßen. Wir wollen damit verhindern, dass Studierende gegebenenfalls zu lange auf einem falschen Berufsweg bleiben, damit sie und die Schülerinnen und Schüler nicht lebenslang unter einer falschen Berufswahl zu leiden haben."

Eka von Kalben: "Das Gesetz berücksichtigt auch die schwierige Arbeitsmarktlage, die wir in verschiedenen Schulfächern, besonders im MINT-Bereich, den naturwissenschaftlichen Fächern, und bei der Musik haben. Hier wird es auch weiterhin die Möglichkeit geben, Lehrer für die Sekundarstufe I - also bis zur zehnten Klasse - auszubilden."

Lars Harms: "Eine bessere Lehramtsausbildung gibt es nicht zum Nulltarif. Deshalb stecken wir mehr Mittel in die Hochschulen, um die besten Lehrer auszubilden, und damit verbessern wir auch die Bildungschancen der Schülerinnen und Schüler in Schleswig-Holstein."

Die Koalitionspartner werden den anliegenden Antrag in den Bildungsausschuss einbringen. U.a. wird die Beteiligung der Studierenden gestärkt und ein Beratungsgremium zur Umsetzung der Reform gebildet und die Bedeutung der Minderheitensprache Romanes und der Regionalsprache Niederdeutsch unterstrichen. Die Förderzentren werden bei der Ausbildung der Lehrkräfte für Sonderpädagogik eine wichtigere Rolle spielen.

Über einen Begleitantrag wird die Koalition den finanziellen Rahmen für die Hochschulen auf 2,1 Millionen € begrenzen.

Die Belastungen für die Studierenden im Praxissemester müssen sich – auch wegen der auf 2016 verschobenen BAföG-Anpassung – in möglichst engen Grenzen halten. Deshalb sollen sie von einer Eigenbeteiligung an den Fahrtkosten zur Praktikumsschule ab diesem Jahr freigestellt werden.

Die drei Vorsitzenden gehen davon aus, dass sich trotz einiger atmosphärischer Irritationen der letzten Wochen die beiden lehrerbildenden Universitäten und die zwei künstlerischen Hochschulen

dem gemeinsamen Ziel einer optimalen Lehrkräftebildung verpflichtet sehen und sich dafür gemeinsam engagieren werden.

Im Anhang erhalten Sie den gemeinsamen Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen, den gemeinsamen Entschließungsantrag sowie eine Synopse zur Erläuterung der Anträge.